



Forum

für **Universität und Gesellschaft**

Universität Bern



KRISEN, KONFLIKTE, KRIEGE DIE WELTORDNUNG IM UMBRUCH

Veranstaltungsreihe
Winter 2025/26

u^b

^b
**UNIVERSITÄT
BERN**

Editorial

Liebe Leser:innen

Nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 keimte die Hoffnung auf eine friedliche und regelbasierte Weltordnung. Der Politikwissenschaftler Francis Fukuyama sprach sogar vom «Ende der Geschichte» – dem vermeintlichen Sieg der liberalen Demokratie als Endpunkt der gesellschaftlichen Entwicklung. Doch mehr als drei Jahrzehnte später zeichnet sich ein anderes Bild: Statt einer Ära des Friedens und der Stabilität prägen globale Krisen, Machtkonflikte und zunehmende Unsicherheit die Weltpolitik.

China ist zur neuen Supermacht aufgestiegen und steht in einem erbitterten Konkurrenzkampf mit den USA, der sowohl wirtschaftliche als auch geopolitische Spannungen birgt – bis hin zu möglichen militärischen Eskalationen, beispielsweise in Taiwan. Die erhoffte europäische Friedensordnung unter Einbindung Russlands ist gescheitert; der Krieg in der Ukraine hat die sicherheitspolitischen Fronten zwischen Russland und der NATO verhärtet. Der neue US-Präsident steigt aus der internationalen Zusammenarbeit aus und eröffnet einen Handelskrieg. Er lässt die Ukraine fallen und stellt die atlantische Allianz in Frage.

Auch Europas Rolle bleibt unklar: wirtschaftlich eng mit China vernetzt, sicherheitspolitisch jedoch stark abhängig von den USA, muss der Kontinent seinen Platz in dieser unruhigen Welt finden. Ähnliches gilt für die Schweiz, die ihre Rolle im Herzen von Europa nicht nur gegenüber der Europäischen Union, sondern als exportorientiertes Land auch mit dem Rest der Welt klären muss. Angesichts dieser Entwicklungen stellen sich Fragen: Wie werden sich die geopolitischen Konflikte weiterentwickeln, wie wird die Zukunft der globalen Wirtschaftsordnung aussehen – und was bedeutet dies letztlich für die demokratischen Institutionen weltweit?

Alle Referate wurden aufgezeichnet und sind hier mit kurzen Zusammenfassungen repräsentiert. Das Play-Symbol verweist auf die entsprechenden Video-Inhalte.

Wir wünschen Ihnen eine gute Lektüre.

Forum für Universität und Gesellschaft

Inhalt

Krisen, Konflikte, Kriege. Hans Werder	4
Nach dem Ende der Geschichte – was kommt?	6
Was ist neu an der «Zeitenwende»? Daniel Möckli	
China: Geht der wirtschaftliche und geopolitische Aufstieg weiter? Beat Hotz-Hart	
Die USA und die postliberale Versuchung. Claudia Franziska Brühwiler	
Globaler Süden: Wirtschaftliche Interessen und geopolitische Positionierung. Heribert Dieter	
Europa und die Schweiz nach der Zeitenwende	10
Historische Hintergründe zum Konflikt Russland-Ukraine-Europa. Carmen Scheide	
Die Zukunft Europas: Ist strategische Autonomie nötig und möglich? Hans Werder	
Die Exportnation Schweiz zwischen dem chinesischen und dem amerikanischen Markt. Manfred Elsig	
Schweiz: Wie kann die Sicherheit nach dem Überfall auf die Ukraine gewährleistet werden? Katja Gentinetta	
Wohin steuert die Welt? Unordnung oder neue Weltordnung?	14
Kontrolle der irregulären Migration: Stolperstein der EU-Asylreform? Beat Stauffer	
Ent-Globalisierung: Eine Chance für Demokratie? Wolfgang Streeck	
Transnational Federalism? Allianz der Demokratien, globale Kooperation. Thomas Cottier	
Geopolitische Perspektiven: Friedliche Systemkonkurrenz, kalter Krieg, heisser Krieg? Georg Häsler	
Schlussdiskussion: zunehmende Unordnung oder neue Weltordnung?	20
Referent:innen / Moderation / Projektgruppe	24
Impressum	27

Das Play-Symbol verweist auf die entsprechenden Video-Inhalte. Sämtliche Aufnahmen und Unterlagen zur Veranstaltung sind auf unserer Website abrufbar: www.forum.unibe.ch/weltordnung

Krisen, Konflikte, Kriege

Vor rund 30 Jahren – nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Zusammenbruch der Sowjetunion – entstand die Hoffnung auf eine friedliche und regelbasierte Weltordnung. Der amerikanische Politologe Francis Fukuyama sprach sogar vom «Ende der Geschichte», da Demokratie und Kapitalismus sich weltweit durchsetzen würden. Als Hüter dieser friedlichen neuen Weltordnung sahen sich die USA.

Von Hans Werder

Heute ist diese neue Weltordnung schon am Ende. Statt friedlicher Zusammenarbeit herrschen Konflikte und Kriege:

- Russland hat die Ukraine überfallen, und die osteuropäischen Länder fürchten um ihre Unabhängigkeit.
- Im Nahen Osten herrscht wieder Krieg, mit unabsehbaren Folgen für Europa.
- Der amerikanische Präsident zerstört systematisch die regelbasierte Weltordnung, welche die USA selbst geschaffen haben. Er lässt die Ukraine fallen und stellt die atlantische Allianz in Frage. Wie lange die rechtsstaatlichen Institutionen in den USA noch funktionieren, ist eine offene Frage.
- Damit wird der demokratische Rechtsstaat, eine europäische Errungenschaft, nicht mehr nur aus dem Osten, sondern auch vom Westen her, nämlich von den USA, bedroht.

Parallel zu diesen krisenhaften Entwicklungen auf der nördlichen Erdhalbkugel entsteht eine neue Dynamik im Süden. Viele Länder des «Globalen Südens» entwickeln sich rasch und stellen Ansprüche an eine neue Weltordnung. Insbesondere China hat sich zu einer wirtschaftlichen und technologischen Supermacht entwickelt, welche die USA als bisherige Supermacht herausfordert. Ob und wie sich der globale Süden formiert, ist offen. Ebenso, welche Politik der globale Süden bzw. seine Exponenten verfolgen werden. Doch eines ist sicher: Die während Jahrhunderten währende Dominanz des «Westens» ist zu Ende. Eine multipolare Welt ist im Entstehen.

Wir stehen mitten in einer grossen Zeitenwende, wissen aber noch nicht, wie die zukünftige Weltordnung aussehen wird und ob die Transformation friedlich oder kriegerisch ablaufen wird. In dieser Situation versuchen wir mit unserer Veranstaltung, eine erste Einordnung zu geben. Dies tun wir in 3 Teilen:

- Zunächst werden wir uns nach dem Einleitungsreferat «Was ist neu an der Zeitenwende?» mit dem Aufstieg Chinas, der Reaktion der USA und der Formierung des Globalen Südens befassen.
- Am 22. November 2025 fragen wir uns, was diese globalen Umwälzungen für die Rolle Europas und der Schweiz bedeuten.
- Am 17. Januar 2026 schliesslich versuchen wir, ein erstes Fazit zu ziehen: «Wohin steuert die Welt: Unordnung oder neue Weltordnung?»



Nach dem Ende der Geschichte – Was kommt?

Was ist neu an der «Zeitenwende»?

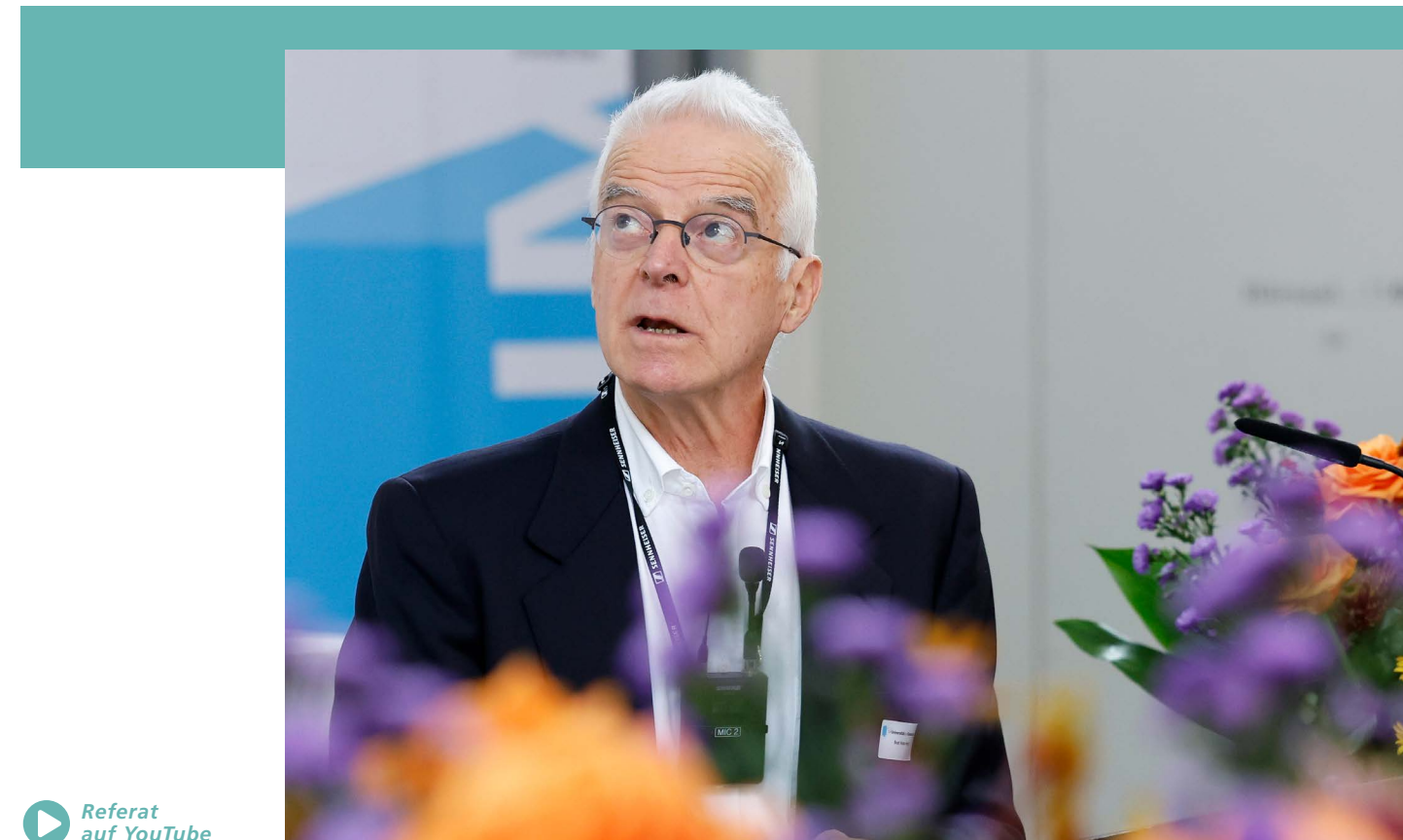
Daniel Möckli beschreibt die Zeitenwende als tiefgreifenden, noch offenen Umbruch der internationalen Ordnung. Auslöser ist nicht nur der Krieg gegen die Ukraine, sondern eine Häufung globaler Krisen, die den Zerfall der liberalen Ordnung sichtbar machen. Die Welt befindet sich in einer gefährlichen Übergangsphase ohne neue stabile Ordnung. Zentral ist der Wandel von Globalisierung zu Geoökonomie, in der wirtschaftliche Abhängigkeiten politisch und strategisch genutzt werden. Die internationale Politik wird weniger westlich, weniger

demokratisch, stärker fragmentiert und multipolar. Europa ringt um strategische Handlungsfähigkeit, während der Schweiz eine kohärente Gesamtstrategie für diese neue Weltordnung fehlt.

Dr. Daniel Möckli
ETH Zürich, Center for Security Studies (CSS)



[Referat auf YouTube](#)



[Referat auf YouTube](#)

China: Geht der wirtschaftliche und geopolitische Aufstieg weiter?

Beat Hotz-Hart zeichnet ein differenziertes Bild von Chinas Entwicklung als Mischung aus wachsender geopolitischer Bedeutung und zunehmendem innenwirtschaftlichem Druck. Unter Xi Jinping sind Partei, Staat und Macht stark zentralisiert, mit dem Ziel einer umfassenden nationalen Transformation. Trotz großer Erfolge bei Armutsbekämpfung, Industrialisierung und Technologie leidet das Modell unter Überinvestitionen, Immobilienkrise und Vertrauensverlust. Ein notwendiger Umbau hin zu mehr Konsum scheitert an politischer Kontrolle und schwacher sozialer

Absicherung. Stattdessen setzt China auf industrielle Autarkie, technologische Dominanz und strikte Steuerung. Dies verstärkt Überkapazitäten, Exportdruck und die Fragmentierung der Weltwirtschaft. Chinas Aufstieg ist damit nicht gestoppt, aber auch keineswegs gesichert.

Prof. em. Dr. Beat Hotz-Hart
Universität Zürich, Universitätsrat



Die USA und die postliberale Versuchung

Claudia Franziska Brühwiler deutet die Zeitenwende nicht nur politisch, sondern ideengeschichtlich und zeigt, wie der Begriff ein westliches Selbstverständnis widerspiegelt, das zunehmend an Geltung verliert. Die sogenannte regelbasierte liberale Ordnung erscheint rückblickend weniger als stabile Epoche denn als Übergangsphase, von der vor allem der Westen profitierte. Diese Ordnung war stets von der Macht und Interventionsbereitschaft der USA abhängig, deren Rückzug ihre Fragilität offenlegt. Europa habe Warnzeichen lange ignoriert und trauere nun einer Ordnung nach, die für viele Regionen nie funktionierte. Zentral ist Brühwilers Diagnose

eines inneren Wandels in den USA hin zu postliberalen Ideen, die Liberalismus, Globalisierung und Freihandel infrage stellen. Der Schutz Europas schwindet, während Machtpolitik zurückkehrt und der Westen lernen muss, sich in einer konfliktreicheren Welt neu zu orientieren.

Prof. Dr. Claudia Franziska Brühwiler
Universität St. Gallen, School of Humanities
and Social Sciences SHSS-HSG

Globaler Süden: Wirtschaftliche Interessen und geopolitische Positionierung

Heribert Dieter analysiert die globale Machtverschiebung aus Sicht des globalen Südens und betont, dass post-liberale Narrative nicht nur den Westen, sondern auch internationale Wirtschafts- und Ordnungsvorstellungen prägen. Er bewertet Chinas Zukunft nüchterner: Trotz geopolitischer Stärke leidet das Land unter Demografieproblemen, technologischen Abhängigkeiten und hohem Exportdruck. Die bestehende Handelsordnung gilt als geschwächt, wobei sowohl China als auch die USA zu ihrer Erosion beitragen. Globalisierung endet nicht, sondern verlagert sich – mit Asien,

insbesondere Indien, als dynamischem Gewinner. Institutionen wie BRICS oder SCO signalisieren Abwendung vom Westen, bieten jedoch noch keinen kohärenten Gegenentwurf. Der globale Süden wird damit zu einem eigenständigen Akteur, auf den Europa mit Partnerschaften statt Belehrungen reagieren muss.

Prof. Dr. Heribert Dieter
Stiftung Wissenschaft Politik, Berlin



Europa und die Schweiz nach der Zeitenwende



Referat
auf YouTube



Sicherheit: Historische Hintergründe zum Konflikt Russland-Ukraine-Europa

Carmen Scheide ordnet den Krieg Russlands gegen die Ukraine in langfristige sicherheitspolitische Entwicklungen seit dem Ende des Kalten Krieges ein. Sie zeigt, wie Hoffnungen auf eine kooperative europäische Friedensordnung nach 1989 durch Zerfall, Machtverschiebungen und ungelöste Sicherheitsfragen unterminiert wurden. Die NATO- und EU-Osterweiterung erfolgte aus Sicht osteuropäischer Staaten als souveräne Entscheidung zur Absicherung gegen frühere imperiale Abhängigkeiten, wurde in Russland jedoch als Verlust- und Bedrohungsgeschichte interpretiert. Fehlende politische und institutionelle Neuordnung nach dem Zerfall der

Sowjetunion, autoritäre Kontinuitäten und ein starkes Grossmachtverständnis prägten Russlands Kurs. Unter Putin verfestigte sich ein repressives System, das Militärpolitik als zentrales außen- und innenpolitisches Instrument nutzt. Der Bruch des Budapester Memorandums und die Annexion der Krim markieren eine klare Verletzung des Völkerrechts und einen Wendepunkt hin zur offenen Eskalation.

Dr. habil. Carmen Scheide
Universität Bern, Historisches Institut

Die Zukunft Europas: Ist strategische Autonomie nötig und möglich?

Hans Werder argumentiert, dass strategische Autonomie für Europa heute sowohl notwendig als auch grundsätzlich machbar ist, weil die sicherheitspolitische Abhängigkeit von den USA zum Risiko geworden ist. Strategische Autonomie bedeutet für ihn vor allem: Europa soll außen- und sicherheitspolitische Entscheidungen ohne außereuropäische Vormundschaft treffen können. Möglich werde das eher über eine «Koalition der Willigen» (auch mit Nicht-EU-Staaten) als über die EU im Einstimmigkeitsmodus, eng abgestimmt mit EU-Institutionen. Inhaltlich fordert er eine Interessen- und wertebasierte Politik, die Kooperationen zulässt, aber gefährliche Abhängigkeiten reduziert.

Militärisch müsse Europa verteidigungsfähig werden, effizienter beschaffen und die Rüstungsindustrie europäisch koordinieren. Die heikelste Lücke sieht er bei der nuklearen Abschreckung: Eine europäische Lösung könne sich primär auf Frankreich stützen, ergänzt durch stärkere Einbindung der Partner. Der Übergang sei ein mehrjähriger Prozess; kurzfristig bleibe Europa verwundbar, sollte aber sofort mit der Transformation beginnen, damit künftig nicht mehr in Washington und Moskau über Europa entschieden wird.

Dr. Hans Werder
ehem. Generalsekretär UVEK



Referat
auf YouTube



Die Exportnation Schweiz zwischen dem chinesischen und dem amerikanischen Markt

Manfred Elsig beschreibt die Schweiz als exportabhängige Volkswirtschaft, die sich in einer Zeitenwende zwischen den Märkten EU, USA und China neu ausbalancieren muss. Treiber sind ein neuer US-Protektionismus, die Krise der multilateralen Handelsordnung und die strategische Rivalität USA–China mit Zöllen, Exportkontrollen und Rohstoff-Engpässen. Für die Schweiz gewinnen USA und China als Absatzmärkte stark an Bedeutung, zugleich steigt die Verwundbarkeit durch politische Erpressbarkeit via Handel. Die US-Politik wird als merkantilistisch und deal-getrieben skizziert, mit hoher Unsicherheit über Zölle und Auflagen; China verfolgt parallel industriepolitische Selbststärkung und baut über Abkommen und Infrastrukturinitiativen Einfluss aus.

Elsig sieht Tendenzen zu mehr Blockbildung und Freundschaftsunterstützung («friend-shoring»), was Investitionen und Lieferketten verändert. Handlungsspielräume der Schweiz sind begrenzt: Stabilisierung des EU-Verhältnisses, Festhalten am Multilateralismus, vorsichtige Pflege bilateraler Abkommen und stärkere Diversifizierung (z.B. Indien/ASEAN), während Unternehmen auf Resilienz und De-Risking setzen – besonders herausfordernd für KMU.

Prof. Dr. Manfred Elsig
Universität Bern, World Trade Institute WTI



[Referat auf YouTube](#)

[Referat auf YouTube](#)



Schweiz: Wie kann die Sicherheit nach dem Überfall auf die Ukraine gewährleistet werden?

Katja Gentinetta argumentiert, dass die Schweiz sicherheitspolitisch untrennbar mit Europa verbunden ist: Wenn Europa bedroht ist, ist es auch die Schweiz. Sie beschreibt ein Umfeld mit geschwächter kollektiver Sicherheit, abnehmender US-Garantiefunktion, globaler Aufrüstung und einer bereits laufenden hybriden Kriegsführung (Desinformation, Spionage, Sabotage, Cyberangriffe auf kritische Infrastrukturen). Neutralität allein reiche als Schutzfunktion nicht mehr; nötig sei eine pragmatischere Neutralitätspolitik, die Sicherheitspartnerschaften und Vorbereitung ermöglicht. Zentral sind stärkere Kooperation mit EU und NATO (ohne formale Abkehr von Neutralität), damit Abschreckung, Vorbereitung und Hilfe im

Ernstfall glaubwürdig werden. Gleichzeitig fordert sie eine substanzielle Stärkung von Armee und Bevölkerungsschutz inklusive verlässlicher Finanzierung und gesellschaftlicher Verankerung (bis hin zu breiterer Dienstpflicht). Ergänzend betont sie Resilienzthemen wie wirtschaftliche Landesversorgung, Spionageabwehr, Krisenmanagement und gesetzliche Handlungsfähigkeit in der Grauzone zwischen Frieden und Krieg. Ziel ist, dass die Schweiz nicht zur sicherheitspolitischen Lücke in Europa wird, sondern zur Stabilität beiträgt.

Dr. Katja Gentinetta
Politische Philosophin, Publizistin, Universitätsdozentin

Wohin steuert die Welt: Unordnung oder neue Weltordnung?



Referat
auf YouTube

Einleitung 3. Veranstaltung

Marcus Moser eröffnet die dritte Veranstaltung mit einem Überblick über die tiefgreifenden globalen Umbrüche der letzten Jahre. Geopolitische Machtverschiebungen durch Russland, die USA und China verändern die internationale Ordnung und betreffen auch die Schweiz direkt. Europa und die Schweiz stehen vor zentralen Weichenstellungen, um Sicherheit, Stabilität und Handlungsfähigkeit zu bewahren. Migration wird als konkrete Folge dieser globalen Krisen beschrieben – ausgelöst durch Kriege, Klimawandel und wirtschaftliche Ungleichheit.

Sie ist zu einem Prüfstein für Europas Zusammenhalt zwischen Solidarität und Kontrolle geworden. Deshalb steht die irreguläre Migration am Beginn dieses Veranstaltungstages als Schlüsselthema für eine mögliche neue Weltordnung.

Marcus Moser
Geschäftsleiter Forum für Universität und Gesellschaft

Kontrolle der irregulären Migration: Stolperstein der EU-Asylreform?

Beat Stauffer analysiert die irreguläre Migration als grösste Herausforderung der europäischen Migrationspolitik und verknüpft sie mit der EU-Asylreform ab 2026. Zentrale Elemente sind strengere Grenzverfahren, neue bewachte Aufnahmezentren an den Außengrenzen und beschleunigte Rückführungen. Diese Zentren sieht er als möglichen Stolperstein wegen Widerstand, juristischen Problemen, unklarer Umsetzung und fehlender Kooperation der Herkunftsländer. Ein Scheitern der Reform würde das Dublin-System endgültig untergraben und nationale Alleingänge verstärken. Am Beispiel des Maghreb beschreibt er hohen Migrationsdruck durch Armut, Jugendarbeitslosigkeit

und fehlende Perspektiven. Die sogenannten «Haraga» seien meist junge Männer mit geringer Bildung, die häufig nicht schutzbedürftig seien. Irreguläre Migration belastet die Aufnahmestaaten stark und schade zugleich den Migranten selbst. Stauffer fordert daher eine Kombination aus Härte gegen irreguläre Einreise und fairer Partnerschaft mit Herkunftsländern, inklusive legaler Wege, Berufsbildung und Rückübernahmeabkommen.

Beat Stauffer
Journalist und Autor



Referat
auf YouTube

Ent-Globalisierung: Eine Chance für Demokratie?

Wolfgang Streeck problematisiert den Begriff «Entglobalisierung»: Globalisierung sei historisch seit 1492 Realität – die eigentliche Frage sei, wie die globale Welt politisch organisiert wird. Er unterscheidet drei Ordnungsformen: horizontale Koexistenz souveräner Staaten (westfälisches Prinzip mit striktem Interventionsverbot), vertikale Integration über internationale Organisationen (mit Machtkonflikten zwischen Zentrum und Staaten, z.B. EU) und imperiale

Subordination durch dominante Mächte. Zentrale These: Je grösser und heterogener ein politischer Raum, desto stärker braucht Zentralisierung harte Durchsetzungsinstrumente – bis hin zu Gewalt. Demokratie versteht er vor allem als politische Verantwortlichkeit und Abwählbarkeit; sie leidet, wenn Entscheidungen auf schwer beeinflussbare supranationale Ebenen (Kommission/Gerichte) verlagert werden. «Entglobalisierung» wäre demokratisch hilfreich, wenn sie mehr Souveränität, Dezentralisierung und freiwillige, konföderale Kooperation ermöglicht statt Hierarchie oder Imperium. Er kritisiert die «regelbasierte» unipolare Ordnung seit 1990 als oft interventionistisch-militärisch und sieht eine unsichere Bewegung Richtung Multipolarität. Für Europa sei entscheidend, lokale Autonomie nur mit Friedenslösungen zu sichern: dauerhafte Konfrontation (v.a. mit Russland) fördere Zentralisierung und einen EU-Zentralstaat (inkl. europäischer Armee). Am Ende plädiert er für nationale Souveränität und europäische Zusammenarbeit – aber gegen erzwungene Solidarität und gegen imperiale Dominanz innerhalb Europas.

Prof. em. Dr. Wolfgang Streeck
Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln

 [Referat auf YouTube](#)



 [Referat auf YouTube](#)



Recht: Transnational Federalism? Allianz der Demokratien, globale Kooperation

Thomas Cottier zeichnet ein pessimistisches Bild der globalen Lage: Demokratien stehen unter Druck, das Völkerrecht wird zunehmend verletzt, und internationale Instabilität nimmt zu. Er plädiert dafür, dass Demokratien enger zusammenarbeiten und neue Bündnisse eingehen müssen, um ihre Werte zu schützen. Zentrales Konzept ist der «transnationale Föderalismus», der staatliche und internationale Ebenen föderativ verbindet und auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und geteilter Souveränität beruht. Föderalismus versteht er als dynamischen Prozess, nicht als starres Modell. Die EU sieht er bereits teilweise als

föderalen Staat und als Kern eines Netzwerks demokratischer Staaten. Die Schweiz solle sich stärker integrieren, ihre Neutralität überdenken, das Völkerrecht aktiv durchsetzen und der EU beitreten. Gleichzeitig müsse lokale Demokratie gestärkt werden, während globale Aufgaben koordiniert angegangen werden. Ziel ist ein Wertebündnis der Demokratien gegenüber autokratischen Regimen.

Prof. em. Dr. Thomas Cottier
Universität Bern, World Trade Institute WTI

Geopolitische Perspektiven: Friedliche Systemkonkurrenz, kalter Krieg, heisser Krieg?

Georg Häsler beschreibt eine Welt im Übergang zu einer multipolaren Ordnung, in der Europa zunehmend an den Rand gedrängt wird. Die regelbasierte internationale Ordnung sei global weitgehend zerfallen und werde im Wesentlichen nur noch von der EU getragen. Im Zentrum der US-Strategie stehe der Indopazifik mit Blick auf China und Taiwan, während Europa sicherheitspolitisch stärker auf sich allein gestellt sei. Russland sende mit militärischen Drohungen klare Warnsignale an Europa, was die Gefahr einer Konfrontation an der NATO- und EU-Ostflanke erhöhe. Besonders kritisch sieht Häsler das Zeitfenster zwischen 2027

und 2030, in dem sowohl ein China-Taiwan-Konflikt als auch eine Eskalation in Europa möglich seien. Innenpolitische Entwicklungen in Frankreich und Deutschland könnten die europäische Einheit zusätzlich schwächen. Für die Schweiz bedeute dies eine hohe Verwundbarkeit als zentrale Infrastruktur- und Wohlstandsregion. Häsler warnt vor sicherheitspolitischer Selbstzufriedenheit und plädiert für ein stärkeres Engagement zur Stärkung Europas und der EU.

Georg Häsler
Sicherheits- und Militärexperte der «Neuen Zürcher Zeitung»



Referat
auf YouTube



Schlusspodium

(17.1.2026)

1. Ausgangsfrage: Neue Weltordnung oder zunehmende Unordnung?

Die Diskussion kreiste um die zentrale Frage, ob die Welt auf eine neue Ordnung zusteuert oder vielmehr in eine Phase der Unordnung eintritt. Mehrere Teilnehmende vertraten die Ansicht, dass wir uns aktuell in einer historisch instabilen Phase befinden, die eher einer Rückkehr zu vorstaatlichen Machtkonstellationen gleiche als einer klar strukturierten Ordnung. Es wurde argumentiert, dass die internationale Politik hinter die westfälische Ordnung zurückgefallen

sei, in der souveräne Staaten klare Regeln einhielten. Heute vermischten sich Identitätspolitik, Grossmachtambitionen und der Zerfall staatlicher Strukturen, was zu wachsender Instabilität führe.

2. Die regelbasierte internationale Ordnung – Realität oder Illusion?

Ein zentraler Konfliktpunkt war die Bewertung der sogenannten regelbasierten Ordnung nach dem Ende des Kalten Krieges. Kritische Stimmen bezeichneten sie als weitgehend illusorisch. Die Zeit seit 1990 sei



 Podiumsgespräch auf YouTube



geprägt gewesen von Kriegen, insbesondere durch die USA, die sich selbst nicht an internationale Regeln gehalten hätten. Das enorme militärische Übergewicht der Vereinigten Staaten habe eine gefährliche Weltlage geschaffen. Demgegenüber wurde betont, dass diese Ordnung trotz ihrer Unvollkommenheit reale Wirkungen gehabt habe. Institutionen wie die UNO und die WTO hätten Stabilität ermöglicht und kleineren Staaten – etwa der Schweiz – wirtschaftliche Sicherheit verschafft. Die regelbasierte Ordnung wurde als Versuch gesehen, demokratische Prinzipien auf das internationale System zu übertragen.

3. Machtpolitik versus Recht – ein wachsender Bruch

Mehrere Beiträge unterstrichen die zunehmende Verschiebung von Regeln hin zu reiner Machtpolitik. Besonders im Bereich der Migration zeige sich dies deutlich: Europäische Staaten umgingen immer häufiger völkerrechtliche Verpflichtungen durch Pushbacks oder politische Abkommen mit Drittstaaten. Migration werde sowohl von Herkunfts- als auch von Transitstaaten als geopolitisches Druckmittel eingesetzt. Diese Entwicklungen wurden als Symptom eines generellen Erosionsprozesses des

internationalen Rechts verstanden. Zwar bestehe das Völkerrecht formal weiter, doch würden zentrale Prinzipien wie das Gewaltverbot zunehmend relativiert oder ignoriert.

4. Nationale Interessen und internationale Zusammenarbeit

Trotz der Kritik an der bisherigen Ordnung herrschte weitgehend Einigkeit darüber, dass Staaten ihre nationalen Interessen neu definieren müssten – vor allem mit dem Ziel der Friedenssicherung. Gleichzeitig sei internationale Kooperation unverzichtbar. Die UNO-Charta biete zahlreiche Instrumente zur Konfliktvermeidung, etwa Diplomatie, Schlichtung und internationale Gerichtsbarkeit, die heute zu wenig genutzt würden. Ein Teilnehmer zog Parallelen zur Situation vor dem Ersten Weltkrieg: gegenseitige Dämonisierung, Abbruch diplomatischer Beziehungen und eine wachsende Bereitschaft zur Eskalation. Statt über Werte zu streiten, solle stärker über konkrete Interessen verhandelt werden, da nur diese verhandelbar seien.

5. Die Rolle der USA: Hegemon, Garant der Ordnung oder Hauptproblem?

Die Bewertung der Vereinigten Staaten war stark umstritten. Kritiker sahen sie als aggressivste Militärmacht der letzten Jahrzehnte

mit weltweitem Basennetz und zahlreichen Interventionen. Befürworter erinnerten hingegen daran, dass Europa seine Freiheit nach 1945 wesentlich den USA verdanke. Die USA hätten als «aufgeklärter Hegemon» zwar Fehler gemacht, diese aber auch aufgearbeitet – ein Zeichen demokratischer Stärke. Einigkeit bestand darin, dass die aktuelle politische Entwicklung unter Trump problematisch sei, da sie internationale Kooperation und demokratische Normen untergrabe. Dennoch wurde betont, dass die amerikanische Gesellschaft über starke föderale und demokratische Strukturen verfüge, die autoritäre Tendenzen langfristig abfedern könnten.

6. Europa unter Druck: Sicherheit, Demokratie und innere Stabilität

Europa wurde als zunehmend bedroht beschrieben – sowohl militärisch durch imperiale Ambitionen Russlands und anderer Grossmächte als auch politisch durch Angriffe auf Demokratie und Rechtsstaat. Als oberste Priorität wurde die Verhinderung eines grossen Krieges genannt. Ein Teil des Podiums forderte eine deutliche Aufrüstung Europas, um glaubwürdig abschreckungsfähig zu sein. Andere warnten davor, sich ausschliesslich auf militärische Lösungen zu konzentrieren, und verwiesen auf innere Probleme Europas: wachsende politische Polarisierung, soziale Unsicherheit und Zweifel an der Leistungsfähigkeit demokratischer Systeme.

7. Nicht-militärische Herausforderungen: Migration und Nordafrika

Neben geopolitischen Konflikten wurde die Lage im Mittelmeerraum als zentrale Zukunftsfrage hervorgehoben. Instabile Staaten in Nordafrika, wirtschaftliche Perspektivlosigkeit und Migrationsdruck könnten Europa massiv destabilisieren. Vorgeschlagen wurde eine umfassende Strategie für den Maghreb-Raum: Investitionen in Bildung und Berufsbildung, legale Arbeitsmigration, Abbau von Handelshemmnissen sowie verstärkte Entwicklungszusammenarbeit. Ziel sei es, langfristige Perspektiven zu schaffen, statt Migration nur repressiv zu bekämpfen. Kritisiert wurde, dass steigende Rüstungsausgaben häufig zulasten der Entwicklungshilfe gingen.

8. Politische Bildung und Medien als Pfeiler der Demokratie

Zum Abschluss wurde die Bedeutung politischer Bildung betont. Gerade junge Menschen müssten stärker für Geschichte,

demokratische Werte und globale Zusammenhänge sensibilisiert werden. Ein rein technokratischer Bildungsfokus greife zu kurz.

Unabhängige öffentliche Medien – insbesondere die SRG – wurden als zentrale Stütze der demokratischen Kultur verteidigt. In einer fragmentierten Online-Welt sei qualitativ hochwertige, objektive Information wichtiger denn je. Angriffe auf diese Institutionen wurden als Gefahr für die politische Meinungsbildung verstanden.

9. Gesamtfazit

Die Diskussion zeichnete das Bild einer Welt im Übergang von einer unvollkommenen regelbasierten Ordnung hin zu einer zunehmend machtpolitisch geprägten Realität. Während Regeln an Bedeutung verlieren, wachsen geopolitische Spannungen und innere gesellschaftliche Herausforderungen. Die zentrale Aufgabe für Europa und den Westen bestehe darin, Frieden zu sichern, demokratische Werte zu verteidigen und zugleich neue Formen internationaler Zusammenarbeit zu entwickeln, die Interessen realistisch berücksichtigen, ohne grundlegende Prinzipien aufzugeben.



Referent:innen

Claudia Franziska Brühwiler, Prof. Dr., ist Titularprofessorin für amerikanisches politisches Denken und Kultur an der Universität St. Gallen, wo sie Internationale Beziehungen studiert und in Staatswissenschaften promoviert hat. In ihrer Forschung befasst sie sich mit der konservativen Bewegung in den USA. Sie war Gastforscherin respektive -professorin an der Keio Universität in Tokio, am University College Dublin sowie an mehreren US-amerikanischen Hochschulen, namentlich an der University of Notre Dame, dem Amherst College, an der University of Virginia und an der University of Wisconsin-Madison.

Thomas Cottier, Prof. em. Dr., war Ordinarius für Europa- und Wirtschaftsvölkerrecht an der Universität Bern. Er gründete und leitete das interdisziplinäre World Trade Institute. Seine wissenschaftlichen Schwerpunkte umfassen die internationale Verfassungslehre, allgemeine Rechtsgrundsätze, das WTO-Recht sowie das Aussenwirtschaftsrecht der EU und der Schweiz. Seine praktische Tätigkeit liegt in der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit, heute als Appellationsrichter MPIA der WTO, früher als Unterhändler der Schweiz mit der EU und im GATT, zuletzt als stv. Direktor des damaligen Bundesamtes für geistiges Eigentum.

Heribert Dieter, Prof. Dr., ist Politikwissenschaftler und Ökonom und hat in Berlin, Canberra und Sydney studiert. Er habilitierte sich 2004 an der Freien Universität Berlin. Seit 2001 ist er Senior Fellow am Deutschen Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin. Seit 2017 ist er ausserplanmässiger Professor an der Universität Potsdam, seit 2022 Adjunct Professor am National Institute of Advanced Studies, Bengaluru, Indien. In seiner aktuellen Forschung analysiert er wirtschaftliche Entwicklungen in China und Indien und untersucht geopolitische Entwicklungen.

Manfred Elsig, Prof. Dr., ist Professor für Internationale Beziehungen, stellvertretender Geschäftsführer und Forschungsdirektor des World Trade Institute der Universität Bern. Nach seiner Promotion an der Universität Zürich 2002 arbeitete er für den Finanzdienstleistungskonzern UBS und

als persönlicher Berater des Volkswirtschaftsrichters des Kantons Zürich. Seit 2009 ist er Professor am World Trade Institute. Seine Forschung fokussiert sich auf Herausforderungen der internationalen politischen Ökonomie, insbesondere auf Handels- und Investitionsverträge, internationales Recht sowie die Beziehungen zwischen den USA und der EU.

Katja Gentinetta, Dr., ist politische Philosophin, selbständige Publizistin sowie Verwaltungs- und Stiftungsrätin. Sie lehrt u.a. an den Universitäten Zürich und Luzern, ist Präsidentin des Geneva Graduate Institute und im Aufsichtsrat des IKRK. Katja Gentinetta schreibt regelmässig für das Magazin «Der Pragmaticus» und sie ist Autorin und Herausgeberin zahlreicher Bücher, zuletzt «Streitfrage Wachstum: Katja Gentinetta contra Niko Paech» (Westend Verlag 2022). Katja Gentinetta ist als Referentin und Interviewgast regelmässig im In- und Ausland unterwegs.

Georg Häsler wurde 1972 geboren und studierte in Bern und Basel. Ab 2002 arbeitete er für das Schweizer Fernsehen – u.a. als Autor und Produzent für die Sendungen «Schweiz aktuell» und «Rundschau». Nachdem er SRF-Korrespondent für den Westbalkan mit Sitz in Belgrad gewesen war, wechselte Häsler 2018 ins Bundeshaus und berichtete für alle Newsformate von SRF. Seit 2020 ist er Mitglied der NZZ-Redaktion und betreut dort als Militärexperte das Dossier Sicherheitspolitik und Sicherheit. Häsler ist Oberst der Schweizer Armee.

Beat Hotz-Hart, Prof. em. Dr., studierte Wirtschaftswissenschaften und Politologie und promovierte 1978 an der Universität Zürich. Er habilitierte sich 1986, danach war er bis 2010 in verschiedenen Funktionen beim Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement tätig – zuletzt als Vizedirektor beim Bundesamt für Berufsbildung und Technologie. Von 1991 bis 2013 war Beat Hotz-Hart Extraordinarius im Nebenamts für angewandte Volkswirtschaftslehre an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich. 2010 bis 2016 gehörte er dem ETH-Rat an; seit 2015 ist er Mitglied des Universitätsrates der Universität Zürich.

Daniel Möckli, Dr., leitet den Think-Tank des Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Er befasst sich mit geopolitischen und geoökonomischen Entwicklungen, Fragen der globalen Ordnung und europäischen Sicherheit sowie der Schweizer Sicherheitspolitik. Von 2021 bis 2024 war er als Chef des Policy Planning im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) für die Strategieentwicklung und geopolitische Analysen zuständig. Daniel Möckli studierte Geschichte, Internationale Beziehungen und Englische Literatur.

Carmen Scheide, Dr. habil., ist seit August 2016 Dozentin für Geschichte Osteuropas am Historischen Institut der Universität Bern. Nach dem Studium der Geschichte und Slavistik in München, Freiburg/Br. und Moskau promovierte sie 1999 an der Universität Basel, 2011 habilitierte sie sich mit einer Studie über Erinnerungskulturen an den Zweiten Weltkrieg in der Sowjetunion. Ihre Forschungsschwerpunkte umfassen Osteuropa, Russland und die Ukraine. Thematisch arbeitet sie zur Kriegsfolgenforschung, Erinnerungskulturen, Verflechtungsgeschichte Schweiz-Osteuropa und Kulturgeschichte.

Beat Stauffer studierte u.a. Germanistik und Neuere Geschichte an der Universität Zürich und Journalismus am Medienausbildungszentrum MAZ in Luzern. Seit den 90-Jahren arbeitete er als freischaffender Journalist für verschiedene Medien (u.a. NZZ, Radio SRF). Der Maghreb, Migration, die Präsenz des Islam in Europa, Islamismus sowie interkulturelle Konfliktfelder waren seine Spezialgebiete. Als Reisekorrespondent berichtete er mehr als 25 Jahre lang über Nordafrika. Seit 2017 arbeitet Stauffer als Autor und Erwachsenenbildner. Im November 2024 erschien sein Buch «Die Sackgasse der irregulären Migration».

Wolfgang Streeck, Prof. em. Dr., studierte Soziologie in Frankfurt und an der Columbia University in New York. Von 1976 bis 1988 arbeitete er am Wissenschaftszentrum Berlin, von wo er als Professor für Soziologie an die Universität von Wisconsin-Madison wechselte. Von 1995 bis 2014 war er Direktor und ist seitdem Senior Research

Moderation

Associate am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln. Seine Forschungsgebiete sind Krisen und institutioneller Wandel in der politischen Ökonomie des gegenwärtigen Kapitalismus.

Hans Werder, Dr., studierte Recht und Politikwissenschaften und hat sich wissenschaftlich mit der Rolle des Staates und mit Demokratie befasst. Anschliessend hat er eine Karriere im öffentlichen Dienst durchlaufen, zuletzt als Generalsekretär des UVEK. Nach seiner Pensionierung war er Verwaltungsrat von Swisscom AG und BLS AG und hat Reformprojekte in den Bereichen Bildung und Forschung, Verkehr und öffentliche Verwaltung geleitet. Seine Publikationen befassen sich mit der Rolle des Staates, mit Geopolitik und mit der Zukunft Europas.

Projektgruppe

Marcus Moser ist ausgebildeter Gymnasiallehrer für Philosophie und Geschichte. Er arbeitete von 1987 bis 2001 als Journalist BR bei verschiedenen Medien, seit 1995 beim Schweizer Radio DRS. Während seines Studiums unterrichtete er Allgemeinbildung an der Gewerblich-Industriellen Berufsschule GIBB in Bern, anschliessend Philosophie an der Kantonsschule Solothurn. Ab 2001 leitete er die Abteilung Kommunikation der Universität Bern; seit 2018 ist er als Geschäftsleiter beim Forum für Universität und Gesellschaft tätig.

Hans Werder, Dr. (Projektleitung) ehem. Generalsekretär UVEK

Sarah Beyeler, Dr. Forum für Universität und Gesellschaft

Thomas Cottier, Prof. em. Dr. Universität Bern, World Trade Institute WTI

Marcus Moser, Lic. phil. Geschäftsleiter, Forum für Universität und Gesellschaft

Carmen Scheide, Dr. habil. Universität Bern, Historisches Institut

Rudolf Strahm, Dr. h.c. alt Nationalrat SP



Interessiert an den
Aktivitäten des
Forums für Universität
und Gesellschaft?
Besuchen Sie unsere Webseite:
www.forum.unibe.ch



Themenhefte vermitteln einen Überblick über die jeweiligen Forumsveranstaltungen.
Sie sind online auf unserer Webseite abrufbar: www.forum.unibe.ch/publikationen



Impressum

Themenheft 2026 / 13. Ausgabe

Herausgeber

Forum für Universität und Gesellschaft
Präsident: Prof. em. Dr. Heinzpeter Znoj
Geschäftsleiter: Lic. phil. Marcus Moser

Redaktion

Dr. Sarah Beyeler (sarah.beyeler@unibe.ch)
Lic. phil. Marcus Moser (marcus.moser@unibe.ch)

Bildnachweise

Titelbild: © 2025 Marcus Moser. Dieses Bild wurde mit Hilfe von DALL-E erstellt. / Seiten 2–3, 5–14 und 23: © Stefan Wermuth / Seiten 15–21, 25 und 27: © Adrian Moser / Seite 28 oben: © Sarah Beyeler. Dieses Bild wurde mit Hilfe von ChatGPT erstellt. / Seite 28 unten: © zvg Kanton Appenzell I.Rh., Ratskanzlei

Layout

Christa Heinzer

Geschäftsstelle

Forum für Universität und Gesellschaft
Hochschulstrasse 6
3012 Bern
Telefon +41 31 684 45 66
info.fug@unibe.ch
www.forum.unibe.ch

Elektronische Ausgabe

© alle Rechte vorbehalten
ISSN 2624-568X

Mit freundlicher Unterstützung der
Stiftung Universität und Gesellschaft

Spendenkonto der Stiftung Universität und
Gesellschaft:
CH39 0079 0042 9374 8157 5

Forumsgespräche 2026

Wie wollen wir wohnen?

SUCHE
BEZAHLBAREN
WOHNRAUM!



19. August, 2. und 15. September 2026

Eintritt frei, Anmeldung und Details unter www.forum.unibe.ch/wohnen



Forum

für **Universität und Gesellschaft**

Universität Bern

Veranstaltungsreihe 2026/27

Zusammenhalt – statt Polarisierung

7. und 28. November 2026,
16. Januar 2027

Eintritt frei, Anmeldung und Details unter www.forum.unibe.ch/zusammenhalt